

## Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 03.06.2008  
im Kreishaus Borken,  
Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

### Anwesend: Anwesend:

#### Vorsitz:

Herr Wilhelm Stilkenbäumer 48734 Reken

#### Mitglieder:

Frau Dr. Marie-Elisabeth Averkamp	48734 Reken	
Herr Eckart Ballenthin	48703 Stadtlohn	Vertretung für Herrn Johannes Maus
Herr Hubert Bestert	46354 Südlohn	
Frau Barbara Büscher	48703 Stadtlohn	
Herr Manfred Daberkow	48599 Gronau	
Herr Martin Huesmann	48683 Ahaus	Vertretung für Frau Gerti Tanjsek
Herr Markus Jasper	48619 Heek	
Frau Irmgard Kerkhoff	46414 Rhede	Vertretung für Frau Stephanie Pohl
Herr Josef Leinen	48712 Gescher	
Frau Elisabeth Lindenhahn	46348 Raesfeld	Vertretung für Frau Heidi Buskase
Herr Gerhard Ludwig	46325 Borken	
Frau Ursula Schulte	48691 Vreden	
Frau Silke Sommers	46399 Bocholt	
Herr Sebastian Zaremba	46325 Borken	Vertretung für Herrn Dr. med. Thomas M. Balthasar
Frau Ursula Zurhausen	46325 Borken	

#### Vertreter/innen der Verwaltung:

Herr Werner Haßenkamp  
Herr Reinhard Groschke  
Frau Annette Scherwinski  
Herr Hans Ritter  
Frau Doris Gausling  
Frau Karin Ostendorff  
Frau Reinhild Wantia

## **Erledigung der Tagesordnung:**

Vorsitzender Wilhelm Stilkenbäumer eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift zur letzten Sitzung werden nicht erhoben.

## **A. Öffentlicher Teil**

**Punkt 1:       Projekt "Leben im Alter neu denken - Kreis Borken bewegt"**  
**- Präsentation über die erzielten Ergebnisse**  
**- Förderung von Angeboten für die Zeit vom 01.07.2008 bis 31.12.2010**  
**Vorlage: 0093/2008**

---

Berichterstatlerin:                           Frau Gausling

Frau Gausling gibt einen kurzen Rückblick über den Verlauf und die Ziele des Projektes. Sie erläutert die Sitzungsvorlage und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Ausschussmitglied Daberkow erklärt seine Befangenheit für diesen Tagesordnungspunkt und nimmt weder an der Diskussion noch an der Abstimmung teil.

Ausschussmitglied Schulte erklärt, sie sehe in dem Erfolg des Projektes eine Bestätigung dafür, dass die von der SPD-Fraktion in der Vergangenheit gestellten Anträge, neue Wege in der Betreuung älterer Menschen zu gehen, richtig gewesen seien. Allerdings möchte ihre Fraktion auf eine weitere Förderung des Projektes Nr. 18 „Familienverbände lernen, den Pflegeantrag zu gestalten“ verzichten. Nach ihrer Auffassung sei das Projekt des Caritasverbandes Bocholt in Bocholt bereits fest etabliert, erreiche aber nur eine geringe Anzahl Pflegebedürftiger. Darüber hinaus führten sowohl die Pflegedienste als auch Ärzte Gespräche mit den Angehörigen, um diese zu entlasten. Aus den vorstehenden Gründen beantrage ihre Fraktion die getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte der Beschlussvorlage. Zum Beschlussentwurf Nr. 2. wird folgender Antrag gestellt:

Alle bisher geförderten 20 Angebote mit Ausnahme des Angebotes Nr. 18 „Familienverbände lernen, den Pflegealltag zu gestalten“ sollen für die Zeit vom 01.07.2008 bis 31.12.2010 finanziell gefördert werden.

Ausschussmitglied Leinen stimmt der positiven Bewertung des Projektes ebenfalls zu. Er schlägt vor zu prüfen, ob dieses Projekt beim „Deutschen Altenhilfepreis“ angemeldet werden könnte. Außerdem bittet er die Verwaltung, die Projektträger auf die Möglichkeit der Prämierung zukunftsweisender Projekte durch den „Altenhilfepreis“ hinzuweisen.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussvorschlag Nr. 1. abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die erreichten Ergebnisse und die Darstellung des Beitrags zu den drei Oberzielen des Projektes „Leben im Alter neu denken – Kreis Borken bewegt“ zur Kenntnis.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

**Beschluss:** 4 Ja-Stimmen  
11 Nein-Stimmen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit lehnt den Antrag der SPD-Fraktion, alle bisher geförderten 20 Angebote mit Ausnahme des Angebotes Nr. 18 „Familienverbände lernen, den Pflegealltag zu gestalten“ sollen für die Zeit vom 01.07.2008 bis 31.12.2010 finanziell gefördert werden, ab.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussvorschlag Nr. 2. abstimmen.

**Beschluss:** 11 Ja-Stimmen  
4 Nein-Stimmen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit beschließt, alle bisher geförderten 20 Angebote sollen für die Zeit vom 01.07.2008 bis 31.12.2010 finanziell gefördert werden. Die Fördersumme liegt jährlich bei insgesamt 377.438 Euro. Mit jedem Anbieter werden Zielerreichungen, Angebotscontrolling und Finanzierungsmodalitäten schriftlich vereinbart (Wirkungsvereinbarung).

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussvorschlag Nr. 3. abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag, den Sperrvermerk für das Jahr 2008 in Höhe von 167.000 Euro aufzuheben und das Fördervolumen für die Jahre 2009 und 2010 im Rahmen der jährlichen Haushaltsaufstellungen zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussvorschlag Nr. 4. abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit erhält über die Ergebnisse aus dem jährlichen Angebotscontrolling und die Beratung in der Arbeitsgruppe „Wirkungsorientierte Steuerung der Altenhilfe im Kreis Borken“ bzw. der Kreispflegekonferenz jährlich einen Bericht. Die erste Berichterstattung erfolgt im Herbst/Winter 2008

**Punkt 2: Förderung der ambulanten Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz**  
**Vorlage: 0047/2008**

---

Berichterstatte(r)in: Frau Ostendorff

Vorsitzender Stilkenbäumer weist auf den als Tischvorlage ausgelegten Antrag der Caritas Pflege & Gesundheit, Borken, zur Weiterführung/-entwicklung der Betreuungs- und hauswirtschaftlichen Pauschale für Menschen mit sozialhilferechtlichem Bedarf in Wohngemeinschaften hin. Er stellt fest, dass eine Diskussion über diesen Antrag nicht erfolgen könne, da der Caritasverband nicht antragsberechtigt sei.

Frau Ostendorff erläutert die Sitzungsvorlage und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder. Sie stellt ausdrücklich fest, dass sich die Wohnform der Wohngemeinschaft insbesondere auch für den Personenkreis der demenzerkrankten Menschen bewährt habe und zwischenzeitlich als neue Wohnform im Kreisgebiet etabliert sei. Auch im Heimbereich werde – insbesondere bei Neu- oder Umbaumaßnahmen – das sog. Hausgemeinschaftmodell umgesetzt, dass sich sehr stark an das Wohngemeinschaftsmodell anlehne. Sie weist darauf hin, dass aus Sicht der Verwaltung eine weitere Förderung der Wohngemeinschaftsprojekte nicht erfolgen solle, da z. B. auch kein Bedarf für zusätzliche Heim- und Pflegeplätze im Kreisgebiet bestehe. Dies werde durch bereits heute vorhandene Leerstände (ca. 180) im Heimbereich deutlich. Darüber hinaus hätten andere Anbieter das Konzept der Wohngemeinschaft ohne eine Förderung durch den Kreis umgesetzt. Letztlich sei dies auch Ziel dieser Modellphase gewesen.

Ausschussmitglied Büscher erklärt, die CDU-Fraktion bewerte das Modell ähnlich wie die Verwaltung. Es handele sich um ein erfolgreiches Modellvorhaben, das von vorneherein befristet angelegt gewesen sei. Auch sei über die Reform der Pflegeversicherung eine deutlichere Anhebung der Entgelte für die ambulanten Pflegeleistungen erwartet worden, die dann nicht eingetreten sei. Sie bittet die Beschlussvorlage dahin zu ergänzen, dass dem Ausschuss über die Evaluation der Pflegekassen zu diesem Modellvorhaben berichtet wird. Im Ausschuss besteht Einvernehmen entsprechend zu verfahren.

Ausschussmitglied Ludwig fragt, was mit den in den Wohngemeinschaften wohnenden Personen passiere, die zur Finanzierung ihres Aufenthaltes auf Sozialhilfeleistungen angewiesen seien.

Frau Ostendorff erklärt, dass die in den Wohngemeinschaften bereits wohnenden 9 Personen, deren Aufenthalt über ergänzende Sozialhilfeleistungen finanziert werde, nicht ausziehen müssten. Die Verwaltung werde in Zusammenarbeit mit den Trägern eine tragfähige Lösung für den weiteren Verbleib dieser Personen in den Einrichtungen suchen

und dem Ausschuss zu gegebener Zeit berichten. Zukünftige Neuaufnahmen zu Lasten des Sozialhilfeträgers sollen jedoch nicht mehr erfolgen können.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss:**           13 Ja-Stimmen  
                          2 Nein-Stimmen  
                          1 Enthaltung

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit beschließt, die Förderung der bestehenden Wohngemeinschaften in Ahaus-Wessum und Borken-Weseke wird zum 30.06.2008 eingestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, über die Evaluation der Pflegekassen im Ausschuss zu berichten.

**Punkt 3:           1. Controllingbericht 2008 für die Fachbereiche 50 - Soziales - und 53 -  
Gesundheit -  
Vorlage: 0094/2008**

---

Berichterstatterinnen:                            Frau Ostendorff/Frau Scherwinski

Frau Ostendorff und Frau Scherwinski geben Erläuterungen zur Sitzungsvorlage und beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder.

Ausschussmitglied Dr. Averkamp berichtet über die Isolierung von Bewohnern in Altenheimen, die mit MRSA besiedelt seien. Diese würden in den Einrichtungen unter Hinweis auf die Hygienevorschriften quasi in Quarantäne in Einzelzimmern isoliert, ohne Kontakt zu den übrigen Bewohnern. Sie bittet um Information, ob eine derartige Vorgehensweise tatsächlich sinnvoll und notwendig sei. Frau Scherwinski erklärt hierzu, dass keine Richtlinien bestünden, die eine solche Behandlung vorschreiben würden. In der Regel könnten an MRSA erkrankte Patienten in Zweibettzimmern untergebracht werden, wenn die Hygienerichtlinien beachtet würden. Eine Isolierung sei im Regelfall nicht erforderlich. Der Fachbereich Gesundheit habe sich bereits bemüht, durch Fortbildungen das Wissen des Pflegepersonals um diese Erkrankung zu verbessern und so einen adäquaten Umgang mit den erkrankten Personen sicher zu stellen. Weiterhin habe der Fachbereich Gesundheit allen Heimen einen MRSA-Hygieneplan zugeschickt, aus dem hervorgeht, dass das Einhalten von Standardhygienevorschriften auch für MRSA besiedelte Bewohner ausreichend sei. Auch in Zukunft werde anlässlich der regelmäßigen Heimbegehungen eine kontinuierliche Fortbildung zum Umgang mit MRSA erfolgen.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss:**           einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Ergebnisse des 1. Controllingberichtes für die Fachbereiche 50 und 53 zum 30.04.2008 zur Kenntnis.

**Punkt 4: Maßnahmenplanung 2009 für die Fachbereiche 50 - Soziales - und 53 - Gesundheit -  
Vorlage: 0095/2008**

---

Berichterstatte(r)innen: Frau Ostendorff/Frau Wantia

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt nach kurzer Diskussion über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stimmt der Maßnahmenplanung 2009 für die Fachbereiche 50 - Soziales - und 53 – Gesundheit – zu.

**Punkt 5: Förderung von Integrationshelfern an Förderschulen mit dem Schwerpunkt geistige Entwicklung im Kreis Borken  
Vorlage: 0107/2008**

---

Berichterstatte(r): Herr Groschke

Herr Groschke stellt den Inhalt der Sitzungsvorlage kurz vor. Er weist darauf hin, dass durch die Änderung des Schulgesetzes der örtliche Sozialhilfeträger für die Übernahme der Kosten eines Integrationshelfers in Förderschulen zuständig geworden sei. Dies habe zu einer deutlichen Steigerung der Antragszahlen geführt. In Verhandlungen mit allen betroffenen Schulen konnte Einvernehmen über eine pauschalierte Finanzierung der Integrationshelfer erzielt werden. Dies stelle sowohl aus Sicht der Verwaltung als auch der Schulen die effektivere und bessere Lösung dar.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Huesmann bestätigt Herr Groschke, dass mit der vorgesehenen pauschalen Regelung der Einzelanspruch eines Betroffenen weiterhin bestehe. Er gehe jedoch davon aus, dass in Zusammenarbeit mit der Schule eine für alle Seiten akzeptable Lösung gefunden werde.

Ausschussmitglied Leinen erklärt sich für befangen und nimmt weder an der Diskussion noch an der Abstimmung teil.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stimmt dem Abschluss der Vereinbarung, über die pauschale Förderung von Integrationshelfern zwischen den Förderschulen mit dem Schwerpunkt geistige Entwicklung und dem Kreis Borken, zu.

**Punkt 6: Familienunterstützende Hilfen (FUH) – Entwicklungsziele/Maßnahmenplanung**  
**Antrag der CDU-Fraktion vom 16.04.2008**  
**Vorlage: 0070/2008**

---

Vorsitzender Stilkenbäumer erläutert das Ansinnen der CDU-Fraktion.

Er stellt fest, dass im Ausschuss Einvernehmen darüber besteht, dass die Verwaltung in der nächsten Ausschusssitzung über das Ergebnis ihrer Abfrage bei den im Kreis Borken tätigen Anbietern von ambulanten Diensten im Bereich „Familienunterstützende Hilfe für Menschen mit Behinderungen“ berichtet.

**Punkt 7: Ein-Euro-Job/ Aufstocker**  
**Antrag der SPD-Fraktion vom 12.05.2008**  
**Vorlage: 0062/2008**

---

Vorsitzender Stilkenbäumer stellt fest, dass Einvernehmen darüber besteht, den Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung des Ausschusses zu behandeln.

**Punkt 8: Ziele und Maßnahmen 2009**  
**Antrag der SPD-Fraktion vom 22.05.2008**  
**Vorlage: 0110/2008**

---

Ausschussmitglied Schulte erläutert kurz die Sitzungsvorlage. Sie erklärt, dass eine unabhängige Pflegeberatung nicht durch Interessenverbände erfolgen könne, sondern sachlich und neutral nur in und durch die Kommunen. Allerdings werde die Beratung des Antrages der SPD-Fraktion mit Blick auf die z. Z. auf Landesebene stattfindenden Aktivitäten zunächst zurückgestellt.

Vorsitzender Stilkenbäumer bittet die Verwaltung eine Anfrage an die ESA zu richten, um die Möglichkeiten der Einrichtung einer Tagesbetreuung für Demenzkranke zu erkunden.

---

**Punkt 9: Mitteilungen der Verwaltung**

---

**Punkt 9.1: Kommunale Gesundheitskonferenz**

---

Berichterstatterin: Frau Scherwinski

Die kommunale Gesundheitskonferenz hat nicht getagt.

---

**Punkt 9.2: Kreispflegekonferenz**

---

Berichterstatter: Herr Groschke

Herr Groschke berichtet über die Sitzung der Kreispflegekonferenz am 09.04.2008. In der Pflegekonferenz sind 3 Modernisierungs- und Erweiterungsprojekte für Altenpflegeheime vorgestellt worden.

1. Haus St. Hildegard in Rhede. Erweiterung des Platzangebotes von 64 auf 80 vollstationäre Plätze.
2. St. Josef in Stadtlohn. Modernisierung zur Umsetzung des Hausgemeinschaftskonzeptes.
3. Katharinenstift in Ahaus-Alstätte. Erweiterung des Platzangebotes von 36 auf 45 vollstationäre Plätze.

Weiter berichtet er, dass der Entwurf eines modifizierten Pflegeverlegungsberichtes vorgestellt und diskutiert worden sei.

---

**Punkt 9.3: Sonstiges**

---

Zum Themenbereich des SGB II informiert Herr Groschke den Ausschuss über das Schreiben des Arbeitsministers Olaf Scholz vom 25.04.2008 an Herrn Landrat Wiesmann mit der Aussage, dass die im SGB II enthaltene Experimentierklausel für die kommunale Trägerschaft nicht verändert werden soll und alle kommunalen Träger über das Jahr 2010 hinaus bestehen bleiben sollen. Mit dieser Aussage ist die Option für den Kreis Borken über das Jahr 2010 hinaus gesichert. Das Schreiben des Arbeitsministeriums ist dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

Die Ausschussmitglieder begrüßen diese Aussagen.

Des Weiteren trägt Herr Groschke vor, dass im Streit um Eingliederungsleistungen nach § 16 Abs. 2 SGB II der Bund weiterhin bestrebt sei, die Spielräume für die Optionskommunen und ARGE n einzuengen. Es liege nunmehr ein Referentenentwurf vor, der das gesamte Regelwerk zur Eingliederung einheitlich für alle Träger ausrichten soll. Damit werden die Freiräume zur Entwicklung passgenauer und zielgruppenspezifischer Maßnahmen für die Langzeitarbeitslosen wesentlich eingeschränkt.



Abschließend weist Herr Groschke darauf hin, dass der Abschlussbericht zum Projekt „Leben im Alter neu denken – Kreis Borken bewegt“ dem Protokoll beigefügt werde.

## **Punkt 10: Anfragen**

---

Herr Haßenkamp erläutert die Hintergründe der in den Medien geführten Diskussion über die Anrechnung des Ausbildungsgeldes im Eingangsbereich der Werkstätten für Behinderte. Er sagt zu, dass die im Ausschuss vorgetragene Anregung aufgegriffen werde. Die Verwaltung werde die Behindertenwerkstätten im Kreisgebiet schriftlich über die Problematik informieren und auf die Möglichkeit der Überprüfung der Leistungsgewährung auch für zurückliegende Zeiträume hinweisen.

### **Punkt 10.1: Aids-Hilfe Westmünsterland Vorlage: 0120/2008**

---

Berichterstatterin: Frau Scherwinski

Zur Anfrage der CDU-Fraktion verweist Frau Scherwinski auf die schriftliche Stellungnahme der Verwaltung, die zur Kenntnisnahme ausgelegt sei. Darin werde vorgeschlagen, der AIDS-Hilfe Westmünsterland zur Förderung der Prävention in 2008 zusätzlich 4.000 Euro zur Verfügung zu stellen sowie insgesamt die Abrechnung zu pauschalisieren.

Ausschussmitglied Huesmann weist in diesem Zusammenhang auf Probleme bei der Förderung der Schwangerschaftskonfliktberatung hin, die aus der prozentualen Förderung der Personalkosten entstünden.

Im Ausschuss besteht Einvernehmen, diese Angelegenheit durch die Verwaltung aufklären zu lassen und dem Ausschuss erneut vorzutragen.

Vorsitzender Wilhelm Stilkenbäumer schließt die Sitzung um 19.30 Uhr.

---

Wilhelm Stilkenbäumer

---

Hans Ritter

